

renz des chinesischen Außenministeriums vom 17. Februar 1994, bei der ein Sprecher sich gezwungen sah, zu der Behauptung (in einem nicht näher genannten japanischen Magazin) Stellung zu nehmen, daß China Japan als Hauptgegner betrachte.

Die Stellungnahme des Sprechers fiel, wie erwartet, aus: Hypothesen dieser Art seien "völlig haltlos" und aus der Luft gegriffen. (XNA, 18.2.94) Warum aber, fragt man sich, sieht es eine chinesische Institution wie das Außenministerium für nötig an, zu Fragen dieser Art überhaupt Stellung zu nehmen? -we-

*(3)

Der südkoreanische Präsident Kim Yong Sam besucht China

Im Anschluß an eine dreitägige Visite in Japan besuchte Kim Yong Sam vom 26. bis 30.3.1994 die VRCh. Hauptanliegen Kims war es, Beijing um Einflußnahme auf Nordkorea zu bitten. Der Norden hatte dem Süden mehrere Male einen Angriff mit Atomwaffen angedroht.

Auch Japan hatte China bereits mehrere Male um eine entsprechende Einflußnahme auf Nordkorea gebeten.

Die chinesische Seite erklärte sich mit den Sorgen Seouls in der Atomfrage zwar solidarisch, lehnte jedoch Druck auf Pyongyang ab - und dies nicht zuletzt deshalb, weil Beijing seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südkorea seinen Einfluß auf Nordkorea weitgehend verloren hat. Auch sprach sich die VRCh gegen Sanktionen aus. Statt dessen müsse die Nuklearfrage durch diplomatische Gespräche gelöst werden. Auch solle gegen Nordkorea keine Resolution des Sicherheitsrats getroffen werden. China könne dies "nicht akzeptieren". (XNA, 31.3.94) Eine solche Resolution sei allenfalls dazu angetan, Nordkorea noch mehr "in die Ecke" zu drängen. Was China selbst anbelangt, so sei es an einer "Denuklearisierung" der koreanischen Halbinsel interessiert. Es glaube, daß noch genügend Spielraum für Verhandlungen mit Nordkorea vorhanden sei. Diese Chance möge vor allem Südkorea nutzen.

Zwei Abkommen wurden geschlossen, nämlich über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet und über die Vermeidung der Doppelbesteuerung. (XNA, 29.3.94)

Kim Yong Sam verließ China mit der Versicherung, sich um weitere Verhandlungen mit Nordkorea zu bemühen. Angeblich hatte die chinesische Seite Südkorea um eine Einstellung der seit Jahrzehnten eingefahrenen südkoreanisch-amerikanischen "Team Spirit"-Manöver Spirit-Manöver gebeten. (Radio Seoul in SWB, 30.3.94) Doch habe darüber in Beijing keine Einigung erzielt werden können. Die südkoreanische Seite wollte dies mehr von den USA abhängig machen.

Schon vor dem Besuch Kims war die Möglichkeit eines koreanischen Gipfeltreffens in Beijing erörtert, dann aber wieder verworfen worden. (Yonhap in SWB, 8.3.94) -we-

*(4)

Weitere Annäherung zwischen China und Vietnam

Bereits i.J. 1993 hatte der Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern mit beschleunigtem Tempo Fortschritte gemacht: Bis zum 31.12.1993 waren rd. 50 Abkommen unterzeichnet und damit, wie das vietnamesische Außenministerium es formulierte, die Beziehungen der "traditionellen Freundschaft und Zusammenarbeit" weiter gestärkt worden. (Radio Hanoi in SWB, 5.1.94)

Grundlagen für diese Abmachungen (und Verhandlungen) waren die beiderseitigen Gemeinsamen Kommunikés vom November 1991 und vom Dezember 1992.

Im Oktober 1993 war eine Vereinbarung unterzeichnet worden, die bei den Verhandlungen zwischen beiden Seiten zunehmend in den Mittelpunkt rückt, nämlich ein "Abkommen über die Hauptprinzipien für die Regelung der Grenzfragen". Beide Seiten gehen davon aus, daß damit eine Grundlage für eine noch schnellere Einigung über Abgrenzungsverträge zu Land und zur See geschaffen werden konnte.

Die erste Runde der "Gemeinsamen Arbeitsgruppe für die Regelung der Landesgrenzen (nicht aller Seegrenzen, wohlgemerkt!) tagte am 26. Februar 1994 und erzielte ein nicht näher konkretisiertes "Abkommen über den Inhalt und die Verfahrensweisen der Arbeitsgruppe". Die Gespräche hätten sich in einer "freundlichen, aufrichtigen und realistischen Atmosphäre" abgespielt, heißt es auf chinesischer Seite.

(XNA in SWB, 3.3.94) Die Besprechungen fanden auf Vizeaußenministerebene statt.

Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten nehmen an Quantität und Qualität zu. China hat der SRV inzwischen zugesagt, ihr beim Bau von Fabriken für chemische Düngemittel sowie von kleineren und mittleren hydroelektrischen Kraftwerksanlagen beizustehen. Umgekehrt wünsche China von Vietnam Kohle, Rohöl, Kautschuk und Fischprodukte zu kaufen und möchte gleichzeitig an Vietnam Maschinen und Gebrauchsgüter liefern.

Unterzeichnet wurde ferner ein Flugverkehrsabkommen und geplant ist in Kürze auch ein Investitionsschutzabkommen.

Am 28. Mai eröffnete China in Ho-Chi-Minh-Stadt ein Konsulat. (XNA in SWB, 31.5.93) -we-

Innenpolitik

*(5)

Bemühungen um Drosselung des Reformtempos und Eindämmung der sozialen Spannungen

Eindringliche Appelle zur Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität und zur Respektierung gesamtstaatlicher Interessen richtete die Beijinger Führung während der 2. Plenartagung des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) an die Delegierten und an die Bevölkerung. Im Vorfeld der NVK-Tagung hatten sich die verschiedenen Flügel in der Zentralregierung offenbar auf ein zeitweiliges Abbremsen der Wirtschaftsreformen verständigen können, nachdem die Reformpolitik in den letzten Jahren Millionen von Arbeitern in Staatsunternehmen und Teile der Bauernschaft in zunehmende Bedrängnis gebracht hat. Die Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit, die die chinesische Führung als größte Bedrohungen für die soziale und politische Stabilität ausmacht, soll nun Priorität genießen.

Nach einem Bericht der von Beijing kontrollierten Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (*Wen Huibao*) hat die Führung auf Drängen des greisen Par-

teikönomen Chen Yun und aufgrund sich häufender Alarmsignale aus der Gesellschaft beschlossen, im letzten Jahr angekündigte radikale Reformschritte zunächst zu vertagen. Maßnahmen zur Überführung von Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften und die für Produktivitätssteigerungen unvermeidlichen Massenfreisetzungen von Arbeitskräften sollen zunächst zurückgestellt werden. (*Wen Wei Po*, Hongkong, 22.3.94)

Alle Mitglieder der zentralen Führung wiesen in ihren Stellungnahmen vor dem NVK darauf hin, daß man die komplizierte "Beziehung zwischen Wachstum, Reform und Stabilität" nicht aus dem Auge verlieren dürfe. Viele der Appelle zur Wahrung der Stabilität und zur Stärkung der öffentlichen Ordnung weisen Gemeinsamkeiten mit Bedenken und Anregungen auf, die der Parteiveteran Chen Yun seit dem Ende des letzten Jahres in internen Schreiben an die Parteiführung formuliert hatte. (vgl. JB, 94/4, S.53)

Es ist nicht zwingend, diese neue politische Verschiebung als Ausdruck eines "Machtkampfes" zwischen Reformern und Orthodoxen zu deuten, auch wenn der sich verschlechternde Gesundheitszustand Deng Xiaopings mit Sicherheit die Position der Reformen in der Führung schwächt (vgl. etwa LHB, Hongkong, 8.3.94). Das Einschwenken auf einen stabilitätsorientierten Kurs ist allein schon damit zu erklären, daß die Beijinger Führung die sich offenkundig verschärfenden sozialen Spannungen (Arbeiter- und Bauernproteste, Anstieg der Gewaltkriminalität) als außerordentlich bedrohlich wahrnimmt. Auch die Verhaftungswelle gegenüber Dissidenten und die harte Haltung in der Menschenrechtspolitik gegenüber den Vereinigten Staaten während des Besuchs von US-Außenminister Christopher stehen wahrscheinlich in diesem Zusammenhang. (SCMP, 23.3.94; NZZ, 12.3.94; ZM, 94/4, S.44-46; JSND, 94/4, S.36-9)

Da die Beijinger Führung schon in den vergangenen Jahren vor den sozialen und politischen Folgen der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung gewarnt hatte, ihre Weisungen aber in vielen Provinzen auf taube Ohren stießen, ist es unwahrscheinlich, daß sich eine administrative Kontrolle ökonomischer Überhitzungserscheinungen und gesellschaftlicher Mißstände in diesem Jahr wird durchsetzen lassen.

Wie stark die regionalen Widerstände inzwischen gegenüber politischen Vorgaben der Zentralregierung sind, zeigte sich in großer Deutlichkeit auf der diesjährigen Plenartagung des NVK. (Siehe Thema "Das Innenleben eines 'Zustimmungsparlaments'") -hei-

*(6)

Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz: Ein "Einheitsfront"-Organ auf der Suche nach Aufgaben

Die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV) hat mit Unterbrechungen seit 1949 als ein Organ der "Einheitsfront" gedient, in dem alle loyal zur Kommunistischen Partei stehenden gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen (darunter acht noch aus der vorkommunistischen Zeit stammende, "demokratische" Blockparteien) vereinigt waren. Das Konsultationsorgan wird vom englischsprachigen Dienst der Nachrichtenagentur *Xinhua* neuerdings als "think tank" der Staatsführung bezeichnet: Die Mitglieder der PKCV sollen in einem System der "Mehrparteienkooperation und politischen Konsultation unter Führung der Kommunistischen Partei" der Arbeit der Regierung zusätzliche Impulse geben und die offizielle Politik unterstützen.

Immerhin wurde 1993 ein Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Li Ruihuan, zum Vorsitzenden dieses Organs berufen. Er trat sein Amt mit Deng Xiaopings Segen und dem erklärten Ziel an, die Position der PKCV in der politischen Meinungsbildung zu stärken. Obwohl sich der Anteil nicht-kommunistischer Verwaltungsfunktionäre in den letzten Jahren tatsächlich erhöht hat (auf das Fachwissen der Nicht-Parteimitglieder konnte man nicht verzichten), ist die Konsultativkonferenz eine einflußlose Veranstaltung geblieben, die im Schatten des Nationalen Volkskongresses (NVK) steht. Während der Ständige Ausschuß des NVK schon mehrfach Korrekturen an wichtigen Gesetzgebungsvorhaben der Staatsführung durchsetzen konnte, hat es bisher kaum einen Fall gegeben, in dem die kommunistische Führung ein wichtiges politisches Handlungsprogramm aufgrund der Beratungen mit PKCV-Mitgliedern modifiziert hätte.

Bemerkenswert waren immerhin einige Passagen der Rede von Li Ruihuan zum Schluß der diesjährigen Jahresta-

gung. Er verkündete vor den Delegierten: "Wir sind im Begriff, schrittweise ein voll ausgebautes Rechtssystem zu errichten, um Demokratie durch Institutionen und Gesetzgebung zu gewährleisten und um sicherzustellen, daß Institutionen und Gesetze nicht Wechsellinien in der politischen Führung oder Verschiebungen in den Ansichten und Schwerpunktsetzungen der Führung unterworfen werden". An der führenden Rolle der KPCh müsse zugleich festgehalten werden.

Nach dem Hinzukommen neuer Mitglieder hat die PKCV nun 2.097 Delegierte, darunter 834 KP-Mitglieder (knapp 40%) und 1.263 nicht-kommunistische Mitglieder (*Xinhua*, 7.3.94, nach SWB, 9.3.). Anders als im NVK kontrolliert die KPCh hier also nicht die Mehrheit des Gremiums, was aber nicht ins Gewicht fällt, da die Kräfteverhältnisse in der Konsultativkonferenz keinerlei politische Bedeutung besitzen.

Auf der März-Tagung wurde auch das Statut der PKCV ergänzt, um eine Übereinstimmung mit dem 1992 revidierten Parteistatut der KPCh und mit der im letzten Jahr geänderten Verfassung der VR China zu erreichen. Unter anderem wurden die Formeln der "Mehrparteienkooperation und politischen Konsultation", der "demokratischen Aufsicht", das Konzept der "Sozialistischen Marktwirtschaft" sowie zusätzliche Vorschriften zu Rechten und Pflichten der PKCV-Organen und -Mitglieder in das Statut aufgenommen. (XNA, 9./20.3.94)

Daß viele der Mitglieder mit den begrenzten Wirkungsmöglichkeiten nicht zufrieden sind, zeigte ein Gruppenantrag, in dem eine Revision der Staatsverfassung vorgeschlagen wurde, um der PKCV eine effektive Überwachung von Regierungsorganen zu ermöglichen. Die Konsultativkonferenz müsse befähigt werden, "ernsthafte und wirksame, nicht oberflächliche Funktionen der demokratischen Aufsicht über Regierung und Gesellschaft" zu übernehmen.

Die Beijinger Führung hatte jedoch bereits vor dem Zusammentreten der Konferenz klargestellt, daß die Mitglieder der PKCV nicht über die ihnen offiziell zugestandenen Kompetenzen hinaus gehen dürften und Regierung und Partei "Hilfestellung" leisten, nicht aber "Verwirrung" stiften sollten. (SCMP, 18.3.94) So stießen denn auch

die Forderungen nach größeren Befugnissen für das Konsultativorgan auf taube Ohren in der KP-Hierarchie. -hei-

*(7)

Petitions- und Flugblattaktionen zur Jahrestagung des NVK - Verhaftungen von Dissidenten

Während der Plenartagungen des Nationalen Volkskongresses (NVK) gehen alljährlich Tausende von Eingaben aus der Bevölkerung bei der für die Entgegennahme von Petitionen zuständigen Stelle der chinesischen Volksvertretung ein. Darunter befanden sich auch in diesem Jahr mehrere von Dissidenten eingereichte Schriften, in denen Reformen des politischen Systems bzw. die Abstellung bestimmter politischer Mißstände gefordert wurden.

Eine von 120 Personen unterstützte "Vereinigung zum Schutz der Arbeitsrechte", die von den inzwischen verhafteten Beijinger Bürgerrechtlern Zhou Guoqiang, Yuan Hongbin, Wang Jiaqi und Liu Nianchun begründet worden war, forderte in ihrem an den NVK und die Regierung gerichteten Manifest die Gewährung des Streikrechts für Chinas Arbeiterschaft und einen verbesserten Schutz der Interessen der Bauern. Die Initiative soll der Vertretung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung dienen, die im Rahmen der Reformpolitik nicht angemessen beachtet würden, und wendet sich gegen die Schicht neureicher Unternehmer und korrupter Funktionäre. (FR, 10.3; NZZ, 12./19.3.; FEER, 24.3.94, S.17)

Eine Gruppe von sieben Beijinger Intellektuellen um den Universitätsprofessor Xu Liangying befürwortete in ihrem "Aufruf zur Förderung der Menschenrechte in unserem Land" die Freilassung der politischen Gefangenen in China. (SCMP, 11./13.3.94)

Wang Dan, einer der Studentenfürher der Protestbewegung von 1989, forderte in einem offenen Brief die Respektierung politischer und bürgerlicher Rechte durch das kommunistische Regime. (*Ming Bao*, Hongkong, 10.3.94, nach SWB, 14.3.) Auch der Dissident Shao Jiang verlangte in einem offenen Brief die Achtung der Bürgerrechte durch das Regime, die Freilassung politischer Gefangener und die Klärung der Todesfälle vom Juni 1989. (SCMP, 16.3.94)

54 Aktivisten, die zum Teil der Shanghaier "Vereinigung für Menschenrechte" angehören, appellierten in einem "Entwurf für die politische Demokratisierung von Staat und Gesellschaft im Jahre 1994" an den NVK, sich für die Zulassung freier Gewerkschaften und eines Mehrparteiensystems einzusetzen. (IHT, 30.3.94)

Die Beijinger Führung reagierte auf diese politischen Herausforderungen mit großer Nervosität und einem massiven Einsatz der Sicherheitskräfte gegenüber Beijinger und Shanghaier Dissidenten-Zirkeln. Bis Mitte März wurden mindestens 15 Aktivisten verhaftet, viele andere stundenlang verhört und scharf verwahrt; außerdem wurden die Wohnungen zahlreicher Dissidenten von Zivilpolizisten umstellt und observiert, um Kontaktaufnahmen zu anderen Aktivisten oder zu ausländischen Journalisten zu verhindern. Einige der prominentesten Oppositionellen wie Wang Dan und Wei Jingsheng wurden sogar für die Dauer des Besuchs von US-Außenminister Christopher unter Aufsicht aus Beijing weggeschickt.

Auch auf dem Tiananmen-Platz in Beijing vor der Tagungsstätte des NVK kam es zu einzelnen Zwischenfällen. Mehrere Personen versuchten, Flugblätter mit politischen Forderungen unter die auf dem Platz weilenden chinesischen und ausländischen Touristen zu werfen. Diese Aktionen wurden jeweils durch rasche, zum Teil gewaltsame Polizeieinsätze unterbunden. (FAZ und IHT, 22.3.94)

Das harte Vorgehen gegen die Dissidenten unter den Augen der internationalen Presse deutet auf eine wachsende Verunsicherung der politischen Führung vor dem Hintergrund der ungeklärten Nachfolgefrage hin. Anfang März hatte Partei- und Staatschef Jiang Zemin Instruktionen an den Sicherheitsapparat ausgegeben, jede Regung politischer Opposition schon im Frühstadium zu unterbinden und gegen Dissidenten entschlossen vorzugehen, falls diese sich den "Ratschlägen" der zuständigen Stellen verschlossen. Die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen sollen noch über den fünften Jahrestag der Unterdrückung der Protestbewegung von 1989 hinaus aufrechterhalten werden. (LHB, Hongkong, 29.3.94, nach SWB, 31.3.94; SZ, 26./27.3.94) -hei-

*(8)

Das Unruhepotential

Einem internen Bericht des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) über "illegale Demonstrationen, Versammlungen, Streiks, Unruhen und Rebellionen" im Jahre 1993 zufolge (geheimes MfÖS-Dokument Nr.94016 vom 2.März), dessen Inhalt durch das Hongkonger Nachrichtenmagazin *Zhengming* (Wettstreit) verbreitet wurde, haben sich in China im letzten Jahr mehr als 850 verbotene Demonstrationen und Kundgebungen ereignet. Außerdem sei es zu mehr als 1.210 illegalen Versammlungen im Rahmen von Petitionsaktionen oder Sitzstreiks gekommen. Darüber hinaus habe man mehr als 6.320 illegale Streiks bzw. organisierte Bummelstreiks registriert, an denen sich rund 320.000 Personen beteiligt hätten. Als isolierte Unruhen (*dongluan*) wurden über 440 Vorfälle eingestuft, als breiter angelegte "Rebellionen" (*baoluan*) mehr als 210. (ZM, 94/4, S.21)

Das für die Beijinger Führung beängstigende Unruhepotential, das sich in solchen Statistiken zeigt, wird auch in einer internen Studie der Akademie der Gesellschaftswissenschaften angesprochen: "China 1993-94 - Soziale Situation, Analysen und Aussichten" (DGB, 3.3.94; CNA, No.1506, S.4; SZ, 25.3.94). Die Autoren warnen darin vor einer Verschärfung sozialer Spannungen in ökonomisch unterentwickelten und durch ethnische Konflikte belasteten Gebieten. In mehreren Regionen verstärkten sich die "politischen und religiösen Probleme", die Behörden sähen sich dort "ernsten Herausforderungen" gegenüber. Die Verarmung in vielen ländlichen Regionen des Inlands und die wachsende Zahl von Arbeitskonflikten in der Industrie seien alarmierende Zeichen.

Auch auf der NVK-Jahrestagung kamen diese besorgniserregenden Entwicklungen zur Sprache. Delegierte aus der Provinz Shaanxi, darunter der Provinzgouverneur und der Bürgermeister von Xi'an, warnten vor einer sozial explosiven Mischung aus Inflation, Einkommensverlusten in Teilen der Arbeiterschaft, wachsendem Stadt-Land-Gefälle und Religionskonflikten. (SCMP, 14.3.94) "Wenn die Stabilität in Shaanxi nicht aufrechterhalten werden kann, dann wird Nordwestchina insgesamt in Mitleidenschaft gezogen". Die Warnungen vor einer

regionalen Destabilisierung wurden zugleich mit der Artikulierung politischer Interessen verbunden: Die Delegierten forderten die Zentralregierung auf, die Provinz finanziell stärker in ihren Modernisierungsbemühungen zu unterstützen, um eine Eskalation der Spannungen in der Region zu verhindern. -hei-

*(9)

Arbeiterproteste und Streiks

In den letzten Jahren nehmen die Spannungen zwischen Unternehmensführungen und Arbeiterschaft in zahlreichen chinesischen Betrieben offenbar stark zu. Die Beijinger Führung ist aufgerüttelt durch eine Welle von Streiks, Protesten und Petitionen, die sich gegen inflationsbedingte Einkommensverluste, Verzögerungen der Lohnzahlungen, drohenden Arbeitsplatzverlust in staatlichen Unternehmen, die Korruption der Betriebsführungen, unmenschliche Arbeitsbedingungen und gegen mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen (mehr als 60.000 Personen sollen zwischen Januar und Oktober letzten Jahres bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen sein; CD, 10.3.94) richten.

Nach Angaben des offiziellen Gewerkschaftsbundes hat es 1993 mehr als zehntausend spontane Protestaktionen aus der Arbeiterschaft gegeben. Die vereinzelt Ansätze zur Gründung unabhängiger Arbeitervertretungen in mehreren Großunternehmen werden von der politischen Führung offenbar als noch gefährlicher eingestuft als Forderungen nach demokratischen Reformen von seiten intellektueller Gruppen: Arbeitskonflikte betreffen eine soziale Gruppe, auf die sich das kommunistische Regime in seinem Legitimitätsanspruch seit 1949 stets berufen hat.

In der Provinz Liaoning soll es in den Städten Shenyang, Dalian und Fushun im März zu Arbeiteraktionen in Dutzenden von Unternehmen gekommen sein. Die Arbeiter beschwerten sich über die Verletzung von Interessen der Arbeitnehmer im Zuge der Unternehmensreformen, Verzug bei der Auszahlung der Löhne, über Wegfall von Prämien und Unterhaltszuschüssen trotz steigender Lebenshaltungskosten. Auch in den Provinzen Shaanxi und Sichuan ist es offenbar zu Arbeits-

konflikten größeren Ausmaßes gekommen. (ZM, 94/4, S.30-31; SCMP, 27.3.94)

Gewaltsame Auseinandersetzungen ereigneten sich in den ersten Monaten dieses Jahres in mehreren Bergwerken der Provinz Shandong. Tausende von Bergarbeitern sollen sich an Streikaktionen beteiligt haben, die zu blutigen Kämpfen mit den Sicherheitskräften führten. Mehr als achtzig Personen seien bei den Konflikten verletzt worden oder ums Leben gekommen. (DX, 94/3, S.23) Aus den oft unter militärischer Leitung stehenden Bergwerken waren in den letzten Jahren immer wieder Meldungen über menschenwürdige Arbeitsbedingungen, tödliche Arbeitsunfälle sowie über heftige Protestaktionen bekannt geworden.

Arbeitsminister Li Borong hat kürzlich die Zulassung unabhängiger Arbeitervertretungen in den Betrieben mit deutlichen Worten zurückgewiesen (SCMP, 22.3.94). Es ist fraglich, ob neue Arbeitsgesetze wie das kürzlich in der Provinz Guangdong verabschiedete und das vom Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses vorbereitete (vgl. C.a., 94/2, S.137-8) Abhilfe für die zunehmenden Spannungen zwischen Unternehmensleitungen und Arbeiterschaft bringen werden. -hei-

*(10)

Reparationsforderungen aus der chinesischen Bevölkerung gegenüber Japan

Aus Anlaß des Besuchs des japanischen Ministerpräsidenten Hosokawa wurden wieder Proteste aus Teilen der Bevölkerung laut.

32 Delegierte aus der Provinz Hebei reichten einen Gruppenantrag zur NVK-Jahrestagung ein, in dem Kompensationen an chinesische Kriegsgeschädigte sowie eine offizielle Entschuldigung Japans für seine Kriegsschuld gefordert wurden (obwohl die VR China in der gemeinsamen chinesisch-japanischen Erklärung von 1972 auf Reparationszahlungen offiziell verzichtet hat). Der Antrag wurde von den Leitungsgremien des NVK als unangemessen zurückgewiesen und nicht verhandelt.

Darüber hinaus verlangten rund einhundert chinesische Kriegsgeschädigte, die in der Mehrzahl aus den Provinzen

Hebei und Jiangsu nach Beijing gekommen waren, von der japanischen Regierung die Zahlung von Entschädigungen. Während einer friedlichen Mahnwache vor der japanischen Botschaft wurden fast alle Mitglieder des überwiegend aus älteren Chinesen bestehenden "Vorbereitenden Komitees für japanische Kriegsreparationen" unter Führung des Aktivisten Tong Zeng kurz vor Beginn des Staatsbesuchs in Gewahrsam genommen. Nach zwei Tagen wurden sie unter Polizeibegleitung in ihre Heimatregionen zurückgeschickt.

Tong Zeng, der im Vorfeld des Staatsbesuchs eine Aufforderung, sich in Beijing zu versammeln, an Tausende von Kriegsgeschädigten gesandt hatte, blieb noch einige Tage länger in Haft. Daraufhin formierte sich unter rund 500 Angehörigen der Beijinger Intelligenz eine Petitionsbewegung, die in einem offenen Brief an den NVK die sofortige Freilassung Tongs forderte. Tong wurde schließlich nach fünf Tagen freigelassen. (Kyodo News Service, 15./21./22.3.94, nach SWB, 17./22./24.3.)

Während des japanischen Besuchsprogramms sollen in mehreren chinesischen Städten insgesamt mehr als 730 Personen wegen der Planung von Protestaktionen kurzzeitig in Gewahrsam genommen worden sein, davon in Beijing 113, in Shanghai 140, in Nanjing 82. (ZM, 94/4, S.26)

In eine ganz andere Richtung wies der offene Brief, mit dem eine "Vereinigung chinesischer Patrioten" am 20. März die japanische Regierung aufforderte, bei der chinesischen Führung auf die Achtung der Menschenrechte hinzuwirken. In dem Schreiben wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß Ministerpräsident Hosokawa eine neue Seite in der Geschichte der japanischen Diplomatie, die sich bisher nicht angemessen für Menschenrechte und Demokratie eingesetzt habe, aufschlagen werde. (Kyodo News Service, 20.3.94, nach SWB, 23.3.). -hei-

*(11)

Verteidigungshaushalt um 20% aufgestockt

Finanzminister Liu Zhongli hat in seinem Haushaltsbericht auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) bekanntgegeben, daß das

Verteidigungsbudget in diesem Jahr um mehr als 20% auf 52 Mrd. Yuan RMB steigen werde. Dies stellt die stärkste Erhöhung des Militärhaushalts seit Einleitung der Politik der Wirtschaftsreformen dar. Die Kosten für das Militär nehmen nun 9,6% der gesamten Staatsausgaben in Anspruch, was verglichen mit rund 23% in Südkorea und Taiwan sowie 17% in den Vereinigten Staaten noch gemäßigt scheint.

Dennoch hat der Staatsrat damit einem aggressiven Lobbying aus den Reihen der Volksbefreiungsarmee (VBA) nachgegeben, deren Führung auf eine Modernisierung des überalterten Waffenarsenals und eine Verbesserung der Versorgung der 3,2 Mio. Mann starken Armee drängt. Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der zugleich Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und damit Oberbefehlshaber der VBA ist, rief in einer Rede vor der Militärdelegation des NVK die Regierungsorgane aller Verwaltungsebenen in China dazu auf, den "Aufbau der Landesverteidigung" entschieden zu unterstützen. Jiang ist offensichtlich bemüht, seine schwache Stellung in den Streitkräften durch politische Zugeständnisse an die Armeeführung zu verbessern.

De facto dürften die Militärausgaben um etwa das Doppelte höher liegen als offiziell angegeben: Aufwendungen für militärische Forschung und Entwicklung, Unterhaltshilfen für demobilisierte Soldaten und Pensionen für Veteranen sind in den Haushalten anderer Ressorts "versteckt". Außerdem erwirtschaftet die VBA mit einem Imperium von rund zwanzigtausend mehr oder weniger direkt von der Armee abhängigen Unternehmen Profite unbekannter, vermutlich aber schwindelerregender Höhe. (Diese Profite verschwinden allerdings zum Teil in den Taschen einzelner "Armeemanager" und Offiziere).

Die Modernisierungsanstrengungen der VBA konzentrieren sich zur Zeit offenbar auf die Marine; an der Entwicklung moderner nukleargetriebener U-Boote und seegestützter Raketen-technik soll fieberhaft gearbeitet werden. China besitzt nur fünf atomar angetriebene U-Boote sowjetischer Bauart, die technisch veraltet sind.

Gegenwärtig verfügt die chinesische Armee über etwa 450 Nuklearwaffen (darunter etwa 300 strategische Waf-

fen). Seit Beginn des Atomwaffenprogramms vor dreißig Jahren wurden in China etwa 600 nukleare Sprengköpfe entwickelt. Militärspezialisten im Westen gehen davon aus, daß die Nuklearwaffen-Einheiten (die "Zweite Artillerie") der VBA zur Zeit an der Entwicklung neuer Mittel- und Langstrecken-Raketen mit Reichweiten zwischen 1.700 und 8.000 Kilometern arbeiten. An den Arbeiten sollen auch in Rußland angeworbene Ingenieure beteiligt sein. Die Bemühungen um den Erwerb fortgeschrittener Technologien in Rußland und im Westen gehen gleichzeitig weiter.

Die Befürchtungen im ostasiatischen Umfeld vor einem militärischen Supermachtstreben Chinas werden durch die offenbar verheerend schlechte Moral der chinesischen Truppen gemildert. Weite Teile des Offizierscorps scheinen sich für profitable und oft illegale Geschäfte (etwa Waffenexporte, Schmuggel im großen Stil, Spekulationsgeschäfte) mehr zu interessieren als für die Landesverteidigung. In diesem Zusammenhang warnte Jiang Zemin kürzlich vor der Aushöhlung der Disziplin im Militär, das sich in Krisenzeiten bisher stets als wichtigste Stütze der kommunistischen Herrschaft erwiesen hat. (Xinhua, 11./14.3.94, nach SWB, 14./16.3.; SCMP, 12./25.3.94; FAZ, 31.3.94) -hei-

Kultur

* (12)

Schwerpunkte der Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik

Auf dem 2. Plenum des VIII. NVK setzte Ministerpräsident Li Peng in seinem am 10.3.94 abgegebenen Regierungsbericht folgende wissenschafts-, bildungs- und kulturpolitischen Schwerpunkte:

1. *Wissenschaftspolitik*: Wissenschaft und Technik sind die wichtigste Produktivkraft, deshalb muß sich die Wirtschaft auf sie stützen, und Wissenschaft und Technik müssen auf die Wirtschaft gerichtet sein. In diesem Jahr soll ein Gesetz über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verabschiedet werden, die Investitionen in die Wissenschaft sollen steigen, und die Zonen für die Entwicklung von

High-Tech und neuen Technologien sollen weiter gefördert werden. Wissenschaftlich-technische Institutionen und Betriebe sollen enger zusammenarbeiten. Bei der praktischen Umsetzung von Forschungsergebnissen soll das Gewicht besonders auf die Ausrüstung aller Betriebe mit fortgeschrittener Technik, die Entwicklung der Landwirtschaft namentlich im Hinblick auf bessere und Hohertragsorten sowie die Umwandlung der Rüstungsindustrie für zivile Nutzung gelegt werden. Ferner soll fortgeschrittene Technik aus dem Ausland übernommen, verarbeitet und neu entwickelt werden. Auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und der Forschung in Hoch- und neuen Technologien sollen weiterhin einige Schwerpunktprojekte ausgewählt werden, die für die wissenschaftlich-technische Entwicklung im nächsten Jahrhundert weitreichende Bedeutung haben werden. Um die Ingenieurwissenschaften zu fördern, hat der Staatsrat beschlossen, eine Chinesische technische Akademie (*Zhongguo gongcheng yuan*) zu gründen.

2. *Bildungspolitik*: Dem Erziehungswesen kommt aufgrund seiner strategischen Position prioritäre Bedeutung zu. Es gilt das "Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (verabschiedet Ende 1992) zu verwirklichen. Das Tempo der Bildungsreform muß beschleunigt werden, es muß mehr ins Bildungswesen investiert werden, und die Verwaltung der Bildungsausgaben muß gestärkt werden. Die Schwerpunkte der Bildungsreform sollen auf der Neuordnung der Bildungsstruktur, der Verbesserung der Unterrichtsqualität und der effektiveren Verwendung der Mittel liegen. Zwei Ziele werden für die neunziger Jahre als vorrangig hingestellt: die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Ausrottung des Analphabetentums. Des Weiteren sollen die Berufs- und Erwachsenenbildung ausgebaut werden nach dem Motto: "Erst Ausbildung, dann Anstellung und Posten". Bei der Hochschulreform soll insbesondere die Reform der Hochschulstruktur, der Studienfächer, der Zulassung, Studienfinanzierung und Arbeitsplatzzuweisung in Angriff genommen werden. Vor allem aber soll das "Lehrergesetz" durchgesetzt werden. Auf die Ausbildung von Begabungen und von jungen Intellektuellen soll größter Wert gelegt werden, und die Politik, Studenten zum Studium ins Ausland zu schicken,